

Einleitung: Politische Grundbegriffe im Spiegel der Politischen Theorie und Ideengeschichte

Tobias Adler-Bartels, Sven Altenburger, Verena Frick, Tobias Schottdorf und Tine Stein

Sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart transportieren politische Grundbegriffe als Schlagwörter stets Hoffnungen und Erwartungen, stiften Identität für politische Bewegungen, motivieren zum Handeln, dienen als Reservoir für Kritik oder werden als Legitimation für Repression eingesetzt: Während die Losung „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ zur Fanfare der liberalen Bewegungen Europas im 19. Jahrhundert avancierte, sahen hingegen die konservativ-reaktionären Kräfte im Streben nach Autonomie und Individualität einen Angriff auf die tradierte Ordnung und sammelten sich hinter dem Banner der Gegen-Revolution. Neue, zuvor relativ unverdächtige politische Begriffe adaptierte dann die sozialistische Bewegung ab 1848; Klasse und Proletariat entwickelten sich in der Folge zu Leitbegriffen des Marxismus. Für politische Bewegungen sind integrierende und motivierende Begriffe von zentraler Bedeutung: Hinter dem aus der kurdischen Arbeiterbewegung stammenden Slogan *Jin, Jiyan, Azadî* (Frau, Leben, Freiheit) haben sich viele mutige Protestierende im schier aussichtslosen Kampf gegen das repressive Regime im Iran vereint und können mit *Azadî* hier auch auf eigene begriffliche Traditionen zurückgreifen. Und auch Regierungen setzen Begriffe ein: Die Internierung und Zwangsassimilation von hunderttausenden Angehörigen der uigurischen Minderheit durch die Kommunistische Partei Chinas wird als Kampf gegen den Terrorismus und Separatismus bezeichnet und der russische Machthaber begründet seinen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine wahlweise mit der Niederringung eines vermeintlichen Faschismus oder einer Bedrohung seines Imperiums durch den Westen. Politisches Denken und politisches Handeln steht mithin immer unter der Schirmherrschaft von Begriffen und der Kampf um ihre Bedeutung ist unmittelbar mit Machtfragen verbunden.

Um diese Phänomene politikwissenschaftlich bzw. politiktheoretisch zu erfassen und sich mit ihnen kritisch auseinanderzusetzen, bedarf es einer metasprachlichen Distanzierung. Geleitet von der Annahme der Mehrdeutigkeit und Komplexität politischer Grundbegriffe zielt die politikwissen-

schaftliche Analyse auf eine Systematisierung dieser politisch-gesellschaftlichen Konflikte. Politische Kontroversen sollen so als Auseinandersetzungen um bestimmte politische Begriffe erkennbar werden; die Strategien und Techniken dieser Begriffspolitiken werden re- und dekonstruiert. In diesen begriffspolitischen Kontroversen ist die Politische Theorie und Ideengeschichte als politikwissenschaftliche Teildisziplin besonders gefragt, gehört es doch in ihren originären Kompetenzbereich, den Begriffshaushalt der Politik und Politikwissenschaft stets von Neuem kritisch zu reflektieren und weiterzuentwickeln: Was kennzeichnet im Einzelnen einen Grundbegriff als *politischen* Grundbegriff? Lassen sich aus der Analyse der historischen Entwicklung konkrete Faktoren bestimmen, die einen Bedeutungswandel dieser Begriffe herbeiführen? In welcher Form sind historisch-kulturell tradierte Begriffe vor dem Hintergrund aktueller Prozesse mit grundlegenden Veränderungseffekten wie Globalisierung, Digitalisierung und ökologische Transformation überhaupt noch aussagekräftig? Und wann werden diese Begriffe obsolet, wie und wo entwickeln sich innovative Umdeutungen oder auch ganz neue Begriffe?

Mit Blick auf diese Fragen gilt es jedoch selbstkritisch zu konstatieren, dass die Stimme der Politikwissenschaft im Allgemeinen sowie der Teildisziplin Politische Theorie und Ideengeschichte im Besonderen in den jüngeren Forschungsdiskussionen zur Begriffsgeschichte und Historischen Semantik kaum zu vernehmen ist. In interdisziplinären Formaten wie der *History of Concepts Group*, die 1998 auf Initiative von Melvin Richter und Kari Palonen ins Leben gerufen wurde, oder dem verheißungsvollen Lexikonprojekt „Das 20. Jahrhundert in Grundbegriffen“, das am Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung in Berlin angesiedelt ist, sind Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler nur marginal vertreten. Und auch innerhalb der politiktheoretischen und ideenhistorischen Forschung findet eine dezidierte Auseinandersetzung zur Theorie und Praxis politischer (Grund-)Begriffe kaum (mehr) statt. Dies mag jedoch weniger überraschen, setzt man diese Entwicklung ins Verhältnis zu den Konjunkturen von methodologischen Ansätzen, wie dem weiten Feld der Diskursanalysen, der Metaphorologie, der Ikonographie, der Konstellationsforschung oder der Politolinguistik, die sich in dezidierter Abgrenzung zur Fokussierung auf singuläre (Grund-)Begriffe profiliert und alternative Forschungsperspektiven eröffnet haben. Doch sowohl mit Blick auf die eingangs konstatierte öffentliche Relevanz von politischen Begriffskontroversen als auch im Kontext der eigenen metasprachlichen Reflexionen über die analytischen Potenziale und Grenzen politischer (Grund-)Begriffe wäre

es verfrüht, die politikwissenschaftliche Forschung über Grundbegriffe *ad acta* zu legen.

Vor diesem Hintergrund entstand am Göttinger Arbeitsbereich Politische Theorie und Ideengeschichte das Vorhaben, den umstrittenen Status, den dynamischen Wandel, aber auch die bemerkenswerte Kontinuität von politischen Grundbegriffen systematisch im Rahmen einer Tagung der DVPW-Sektion „Politische Theorie und Ideengeschichte“ in den Blick zu nehmen und zu versuchen, dies für die Frage nach der Fortschreibung politischer Grundbegriffe und ihrer Reflexion im 21. Jahrhundert fruchtbar zu machen. Die hierfür geplante Präsenztagung im Herbst 2020 musste allerdings pandemiebedingt abgesagt werden. Im neuen Normal des Home-Offices ließ sich beobachten, wie Begriffe aus dem medizinischen Bereich plötzlich zum Ausgangspunkt politisch-gesellschaftlicher Kontroversen wurden – die allabendlichen und alltäglichen Debatten um Inzidenzen, Reproduktionszahlen, Lockdowns, Social Distancing, Durchseuchung, Triage, Übersterblichkeit oder Herdenimmunität bestimmten die Diskussion.¹ Wortschöpfungen wie ‚Gesundheitsnotstand‘ oder die vermeintliche ‚Corona-Diktatur‘ (propagiert von den ‚Covidioten‘) sowie die Diskussionen um eine globale ‚Impfgerechtigkeit‘ oder die Notwendigkeit einer nationalen ‚Impfpflicht‘ brachten zugleich zur Anzeige, wie bewährte Grundbegriffe des politischen Denkens diesen neuen Rahmenbedingungen angepasst wurden.

Den widrigen pandemischen Umständen zum Trotz fand die Sektionstagung zu den „Politischen Grundbegriffen im 21. Jahrhundert“ dann am 3. und 4. Juni 2021 im digitalen Format statt. Das Programm umfasste acht Panels und insgesamt 17 Vorträge sowie zwei Keynotes; teilgenommen haben ca. 100 Personen.² Dank der großzügigen Unterstützung durch die Fritz-Thyssen-Stiftung war es ein Jahr später möglich, die meisten der Referentinnen und Referenten persönlich und in Präsenz im Rahmen eines an die Tagung anschließenden publikationsorientierten Workshops am 13. und 14. Juli 2022 in Göttingen zu begrüßen. Die anregenden Diskussionen sowie der unmittelbare persönliche Austausch haben deutlich gemacht, dass trotz der zweifellosen Potenziale digitaler Tagungs- und Diskussions-

1 Einen hervorragenden Überblick zum politisch-gesellschaftlichen Sprachwandel im Kontext der Corona-Pandemie bietet das Themenglossar des Digitalen Wörterbuchs der deutschen Sprache (DWDS): <https://www.dwds.de/themenglossar/Corona> (9.3.2023).

2 Ein Tagungsbericht von Markus Kasseckert findet sich auf dem Theorieblog: <https://www.theorieblog.de/index.php/2021/10/tagungsbericht-zur-goettinger-dvpw-sektionstagung-politische-grundbegriffe-im-21-jahrhundert/> (21.3.2023).

formate solche Präsenzveranstaltungen nicht zu ersetzen sind. Allen Beitragenden sowie den zahlreichen Mitdiskutierenden der digitalen Sektionstagung und des Göttinger Workshops sei an dieser Stelle noch einmal für ihre Inputs sehr herzlich gedankt. Auch der Herausgeberin und dem Herausgeber der Sektionsreihe sowie der/dem anonymen Reviewer danken wir für wertvolle kritische Hinweise. Weiterhin danken wir Kim-Kathrin Lewe und André Rathfelder für eine kritische inhaltliche Begleitung und Stella Peter, Camila Gabriel sowie Lisa Jelting für ihre tatkräftige Unterstützung sowohl bei der Organisation der Veranstaltungen als auch bei der editorischen und technischen Bearbeitung der Beiträge.

Struktur des Bands

Der Band ist in vier Abschnitte gegliedert, in denen jeweils Beiträge zu methodisch-theoretischen Fragestellungen (1), exemplarischen Analysen ausgewiesener Grundbegriffe (2), dem Verhältnis von Begriffen und Ideologien (3) sowie Untersuchungen zu gegenwärtigen begriffspolitischen Herausforderungen (4) versammelt sind. In der ersten Rubrik sind die Theorie und Systematik von politischen Grundbegriffen Thema. Die vier hier versammelten Beiträge nehmen die verschiedenen (Miss-)Verständnisse über politische Grundbegriffe aus sehr unterschiedlichen Perspektiven in den Blick und verknüpfen sie zugleich mit Fragen zur Kontinuität und dem Wandel der politischen, politiktheoretischen und politikwissenschaftlichen Semantik. Damit entwickeln die Autorinnen und Autoren einen notwendigen Problemaufriss zur Diskussion um einen gehaltvollen Begriff des politischen (Grund-)Begriffs und bieten eine Grundlage zur Reflexion methodischer, konzeptioneller und theoretischer Aspekte bei der weiteren Untersuchung von politischen Grundbegriffen an. In der zweiten Rubrik wird dann an vier Grundbegriffen – (Wohlfahrts-)Staat, Bürger(schaft), Freiheit und Solidarität – bzw. den mit ihnen assoziierten begrifflichen Feldern dargelegt, wie sich deren wesentliche Umstrittenheit, Genealogie und Entwicklung in wechselnden historischen und kulturellen Kontexten zeigt. In der dritten Rubrik werden begriffspolitische Interventionen und Innovationen diskutiert, bei denen eine ganze Reihe von Begriffen in einem Oberbegriff gebündelt wird, der in der Regel als Ideologie, als ‚Ismus‘ verstanden wird. Die drei hier versammelten Beiträge zeigen, wie vor dem Hintergrund konkreter Problemfelder klassische Verständnisse dieser Ismen zu konträren Deutungen führen können und wie wesentlich umkämpft dabei die

jeweiligen begrifflichen Einzelbestandteile sind. Den Abschluss bildet der vierte Teil, in dem das begriffliche Umfeld der Demokratie abzuschreiten ist und vor dem Hintergrund der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts die Frage leitend ist, was sich eigentlich transformiert: der Begriff der Demokratie oder das Volk als zugrundeliegende Entität. Die drei Beiträge verhandeln angesichts von Populismus, Digitalisierung und identitätspolitischen Debatten die Begriffe der Volkssouveränität und Repräsentation sowie die Kritik an einer unterstellten Wesenheit von Politik.

Zum Begriff des politischen Grundbegriffs: Theorie und Systematik

Der Beitrag „Die Anatomie der politischen Grundbegriffe: Forschungsstand und Perspektiven“ von *Tobias Adler-Bartels, Sven Altenburger, Verena Frick, Tobias Schottdorf und Tine Stein* seziert zunächst politiktheoretische Konzeptionen von (politischen) Grundbegriffen, systematisiert die jeweils mit ihnen verknüpften unterschiedlichen Funktionen und Erkenntnisinteressen und verweist auf Potenziale und Probleme der jeweiligen Ansätze. Sowohl kontextualistischen Ansätzen, wie der Begriffsgeschichte Reinhart Kosellecks, der sog. Cambridge School um Quentin Skinner und John G.A. Pocock sowie der morphologische Ansatz der Ideologienforschung von Michael Freedon, als auch dekonstruktivistischen Ansätzen liegt die heuristische Annahme einer (wesentlichen) Umstrittenheit politischer Grundbegriffe zugrunde; die Funktion der Grundbegriffe in politischen und/oder politiktheoretischen Auseinandersetzungen wird in diesen Ansätzen daher re- bzw. dekonstruiert. Während die kontextualistischen Zugänge primär ein (historisch-)systematisches Erkenntnisinteresse auszeichnet, zielen dekonstruktivistische Begriffspolitiken zumeist auf eine ideologiekritische Intervention. In der analytischen bzw. normativen Politischen Theorie lassen sich hingegen politische Grundbegriffe als transtemporale Mittel der (professionellen) Verständigung verstehen: als idealer Referenzrahmen dienen Grundbegriffe hier u.a. der Anzeige und Kritik von politisch-gesellschaftlichen Missständen. Auch wenn insofern ein politiktheoretischer Konsens über den Begriff der (politischen) Grundbegriffe nicht erkennbar ist, so sucht der Beitrag ausgehend von dieser kartografischen Systematisierung die konstitutiven Merkmale und Funktionen von politischen bzw. politiktheoretischen Grundbegriffen zu umreißen und stellt weiterführende Überlegungen zum analytischen Potenzial grundbegrifflich orientierter Forschung innerhalb der Politikwissenschaft an.

In „The Increasing Precariousness of Political Concepts“ skizziert *Michael Freedon* drei Stufen der Auseinandersetzung mit politischen Grundbegriffen in der Politischen Theorie und Ideengeschichte. Während in der ersten Phase Grundbegriffe noch weitgehend synonym mit (überzeitlichen) Ideen verstanden und als kohärentes Ganzes imaginiert wurden, zielte der *linguistic turn* auf die Anerkennung der markanten Rolle von Grundbegriffen im Kontext von (politischer) Sprache. Merkmale wie die grundsätzliche Polysemie, ein weiter Interpretationsspielraum, die jeweilige Kontextabhängigkeit sowie die damit verknüpften interdependenten Konstellationen der Begriffe offenbarten somit den stets prekären Status dieser Grundbegriffe. Während sich die normative politische Philosophie daher an einer idealen Begriffskonstruktion versuche, wie Freedon kritisch am Beispiel von John Rawls ausführt, gelte es hingegen diesen umstrittenen Status der Grundbegriffe vorbehaltlos anzunehmen und produktiv zu wenden. Die Unterscheidung zwischen Schlüssel- und Kernbegriffen (*core concepts*) verweist dabei auf den konstitutiven Zusammenhang von Ideologien und Begriffen. Die Kernbegriffe sind demnach Ankerpunkte innerhalb der Morphologie von Ideologien, wohingegen Schlüsselbegriffe auf eine grundlegendere Dimension verweisen, wie Freedon u.a. in kritischer Auseinandersetzung mit Reinhart Kosellecks lexikalischer Einhegung von Grundbegriffen erörtert. In der dritten und gegenwärtigen Phase scheint die Doppeldeutigkeit der politischen Begriffe als ‚objektive‘ Wissensbegriffe einerseits sowie als ‚subjektive‘ Bedeutungsbegriffe andererseits nunmehr weitgehend Konsens. Zugleich konstatiert Freedon im Hinblick auf die notwendige Anerkennung der über den Logozentrismus hinausgehenden emotionalen Dimensionen von Sprache, der nonverbalen Artikulation politischer Inhalte sowie der ephemeren und parzellierten Kommunikation im digitalen Raum neue (politiktheoretische) Herausforderungen für die Erforschung der Grundbegriffe.

Im Sinne einer metatheoretischen Reflexion expliziert *Michel Dormal* in seinem Beitrag „Aufstieg und Fall der großen Begriffe. Narrative konzeptionellen Wandels“ drei Figuren des Begriffswandels innerhalb der Politischen Theorie und Ideengeschichte. Sowohl das Narrativ des *Veraltens* als auch die Erzählungen vom einem *Traditionsabbruch* sind dabei von dem Gedanken einer Krisen- oder Verlustgeschichte vermeintlich etablierter politischer Grundbegriffe geleitet. Während das Narrativ des Veraltens auf die notwendige Überwindung vermeintlich anachronistischer Begriffs-Zombies ziele (sei es des ‚Parlamentarismus‘ bei Carl Schmitt oder des liberalen ‚Bürgers‘ in der Kritischen Theorie), betone die Erzählung vom Traditionsabbruch

die Potentiale einer Bergung verlorengangener Sinngehalte dieser Grundbegriffe, wie am Beispiel von Hannah Arendts Freiheitsverständnis deutlich wird. Mit dem Narrativ eines *Survival of the Fittest* werden hingegen Ansätze bezeichnet, die wie u.a. die Systemtheorie Niklas Luhmanns die Idee eines quasi-evolutionären Anpassungsprozesses von (neuen) Begriffen postulieren. Sowohl mit Blick auf weitere spezielle Subvarianten dieser drei Narrative als auch im Kontext aktueller politiktheoretischer Diskussionen zum Begriff der ‚Repräsentation‘ im 21. Jahrhundert bei Ingolfur Blühdorn, Jacques de Saint Victor sowie Pierre Rosanvallon fragt Dormal abschließend nach den politiktheoretischen Potenzialen einer solchen Narratologie des Begriffswandels.

Der Beitrag „Die lexikalische Ordnung der politischen Grundbegriffe“ von *Kimmo Elo* und *Wilhelm Knelangen* widmet sich dem Desiderat einer systematischen Untersuchung zu politikwissenschaftlichen Lexika und Fachwörterbüchern. Indem politikwissenschaftliche Lexika und Wörterbücher auf eine Kanonisierung des jeweiligen Begriffsarsenals zielen, sind in ihnen notwendig die politischen Grundbegriffe einer Zeit enthalten. Elo und Knelangen stellen zunächst zentrale Standardwerke der bundesrepublikanischen Politikwissenschaft vor, die sie dann im Weiteren mittels digitaler Datenauswertungsverfahren analysieren. Dienen politikwissenschaftliche Lexika zunächst der Profilierung einer weiterhin stets um ihren Platz ringenden Disziplin, so verweist die zunehmende Frequenz der weiteren Fachwörterbücher auf deren professionspolitische Dimension; innerhalb eines zunehmend spezialisierten und fragmentierten Faches zielten die Werke auf den inneren Zusammenhalt der Disziplin. Die detaillierte Auswertung zu einzelnen Begriffen und Begriffsfeldern offenbart somit zugleich die fachgeschichtliche Ausdifferenzierung bestimmter Teilgebiete und Forschungsgebiete, aber auch der politikwissenschaftlichen (Grund-)Begriffe selbst. Eine solche datenbasierte Untersuchung zu einschlägigen Lexika und Fachwörterbüchern ermöglicht daher erstmals empirisch gesättigte Aussagen zur Konjunktur und Relevanz politischer Grundbegriffe (im Singular und Plural) in der deutschen Politikwissenschaft und sollte als Auftakt zu weiteren Tiefenbohrungen verstanden werden.

Staat und Bürger, Freiheit und Solidarität – Politische Grundbegriffe im Kontext

Frank Nullmeier eröffnet mit seinem Beitrag „Wohlfahrtsstaat als Grundbegriff politischer Theorie?“ die zweite Rubrik, in der Grundbegriffe in ihrem jeweiligen Kontext untersucht werden. Dabei wählt er einen Begriff, der bisher gerade kein Grundbegriff der Politischen Theorie ist. Zwar ist der Eintrag ‚Staat‘ in den Geschichtlichen Grundbegriffen legendär, zwar gibt es zahllose begriffliche Einführungen zu dieser Form politischer Ordnung, um die diesseits und jenseits der Politikwissenschaft das Nachdenken kreist, aber eine der zentralen Dimensionen, in der sich moderne Staatlichkeit ausprägt, nämlich der ‚Wohlfahrtsstaat‘ (oder ‚Sozialstaat‘, die Begriffe werden von Nullmeier synonym verwendet) gehört nicht zu den Kategorien, die in den namhaften Werken der politikwissenschaftlichen Subdisziplin Politische Theorie tragende Bedeutung erhalten haben. Die Gründe für den fehlenden Stellenwert als Grundbegriff der Politischen Theorie können in der allgemeinen Begriffsgeschichte des Terminus und in der Disziplinengeschichte der Politikwissenschaft gesucht werden. Wie Nullmeier zeigen kann, ist es in den 1980er Jahren zu einer Phase lebhaften Austausches zwischen Politischer Theorie und Sozialstaatsanalyse gekommen, die allerdings in den 1990er Jahren abbrach. Das hat nicht nur mit dem politischen Kontext der Theoriebildung zu tun, sondern auch damit, dass die einzelnen Strömungen Politischer Theorie je eigene Gründe hatten, sich nicht auf Wohlfahrtsstaat als Grundbegriff einzulassen. Welche politische Entwicklungen und theoretische Problemlagen dazu führen könnten, der Wohlfahrtsstaatlichkeit einen höheren Stellenwert innerhalb der Politischen Theorie zu verschaffen, wird abschließend erörtert.

Gegenüber Wohlfahrtsstaat stellt der Begriff des Bürgers einen Grundbegriff des Politischen dar, der zugleich unbestritten umstritten ist, wie *Sandra Seubert* in ihrem Beitrag „Die Zukunft politischer Bürgerschaft: Dynamiken und Konsequenzen einer polyzentrischen Transformation des Politischen“ herausarbeitet. Als Organisationsprinzip politischer Ordnung ist Bürgerschaft gegenwärtig fundamentalen Herausforderungen und Veränderungen unterworfen. Hat sich der Begriff in der neuzeitlichen Entwicklung vor dem historischen Erfahrungsraum der Nation und des Staates entwickelt, so erscheint er im Lichte sich verschiebender Räume und Rahmungen des Politischen zunehmend mehrdimensional: Städte und Regionen treten zur nationalstaatlichen Ebene ebenso hinzu wie supranationale Einheiten, exemplarisch die Europäische Union. Ob und wie sich unter

diesen Bedingungen politische Handlungsfähigkeit (zurück)gewinnen und demokratische Selbstbestimmung verwirklichen lässt, hängt von vielfältigen Bedingungen ab. Seubert verweist hier auf die Idee einer Mehrebenen-Bürgerschaft, die, wie sie ausführt, auf einer anderen Logik basiert als das traditionell unitarische Modell: Sie betont das Polyzentrische eher als das Hierarchische und beruht auf horizontaler Machtbalance zwischen den verschiedenen Ebenen. Sie setzt außerdem auf vertikale Machtteilung, d.h. darauf, die Macht der höheren Ebene zugleich zur Ermächtigung (sub)nationaler Akteure zu nutzen.

Dass die Globalisierung nicht nur den zunehmenden Austausch von Gütern und Dienstleistungen, Mobilität von Menschen und weltumspannende Kommunikation bezeichnet, sondern dass damit auch der Austausch von Ideen gemeint ist und dass dies nicht erst mit der Erfindung des Internets ein ausgeprägtes Phänomen ist, ist in den Regionalwissenschaften wie in der Geschichtswissenschaft schon seit langem Thema. *Alexander Weiß* wirbt mit seinem Beitrag „Die Freiheit der Ränder und die Ränder der Freiheit. Freiheit als globales und radiales Konzept“ für die Fruchtbarkeit der Vergleichenden Politischen Theorie – in die sowohl methodische Vorgehensweisen der Vergleichenden Politikwissenschaft wie der Politischen Theorie eingehen – und dafür, dass mit ihrer Hilfe das Projekt einer globalen Ideengeschichte Gestalt annehmen kann. So wurde der westliche Begriff der Freiheit, hier in basaler Weise als Selbstbestimmung verstanden, durch die Perzeption und Übersetzung einiger der klassischen Schriften des Liberalismus durch Gelehrte in ihre jeweiligen Landessprachen getragen. Aber wie dann in anderen Kontexten, etwa einer anders ausgeprägten Staatlichkeit oder einem anderen Verständnis von Individuum und Gemeinschaft, der Begriff rezipiert wurde und sich in einem Prozess der Hybridisierung neue Bedeutungsschichten anlagerten, von denen sich dann wiederum eine Begriffsbildung in systematischer Absicht anregen lassen kann, zeigt Weiß anhand von vier Miniaturstudien über Rezeptionsprozesse in Ägypten, Indien, Japan und China.

Dass die gegenwärtigen Konjunkturen des Begriffs ‚Solidarität‘ zugleich auf sehr verschiedene Deutungen dieses Konzepts verweisen, beleuchtet *Andreas Busen* in seinem Beitrag „Solidarität in der Krise – Zu einem Grundbegriff umkämpfter Politik“ und verknüpft dies mit der Frage, ob sich überhaupt ein ‚objektiver‘ Begriffskern der Solidarität identifizieren lässt, der ihn als einen (wesentlich) umstrittenen Begriff im Sinne Walter B. Gallies qualifiziert. Während der Begriff bis in das 19. Jahrhundert weitgehend an seinen Ursprung, d.h. die dem römischen Recht entstammende

Figur der *obligatio in solidum* gebunden bleibt, verweisen die Debatten des französischen Restaurationsdenkens (Joseph de Maistre, François-René de Chateaubriand), der Frühsozialisten (Henri de Saint-Simon, Pierre Leroux) sowie der Vertreter eines ökonomischen Liberalismus (Frédéric Bastiat) auf einen dezidierten Bruch mit dieser juristischen Begriffsdefinition, wie Busen zeigt. Als *moderner* Begriff kennzeichne Solidarität stets eine spezifische Verbindung sozialontologischer Prämissen und daraus notwendig abgeleiteter (und sehr konträrer) politischer Programmatiken. Ein so verstandener politischer Begriff der Solidarität – sowohl Indikator als auch Faktor der Herausbildung des modernen Zeitalters der Ideologien – steht daher der Idee einer vermeintlich objektiven Begriffsverwendung im Kontext der frühen Soziologie von August Comte und Emile Durkheim sehr kritisch gegenüber, wie Busen betont. Als politischer Grundbegriff lasse sich Solidarität nicht auf einen Begriffskern bringen, vielmehr müsse der Begriff als eine ideologische Argumentationsfigur verstanden werden, die aus je unterschiedlichen Diagnosen über die soziale Welt ein politisches (Reform-)Programm ableite.

Politische Grundbegriffe und Ideologien

Im Anschluss an diese den Kontext und Herausforderungen betonenden Analysen zentraler Grundbegriffe moderner Politik und Gesellschaft wenden sich die in der nächsten Rubrik versammelten Beiträge Grundbegriffen zu, die in einem engen Zusammenhang zu unterschiedlichen politischen Ideologien stehen: Liberalismus, Konservatismus und Faschismus. Den Anfang macht der Beitrag von *Eva Odzuck*, der sich der aktuellen biopolitischen Debatte in liberalen Demokratien widmet. Im Mittelpunkt ihres Beitrags „Was heißt hier ‚liberal‘? Begriffarbeit als Aufgabe der Politischen Theorie am Beispiel der öffentlichen Debatte um Keimbahneingriffe“ steht eine kritische Auseinandersetzung mit der sogenannten ‚liberalen Eugenik‘, die weitreichende Eingriffe in die menschliche Keimbahn befürwortet. Weil sich die Strömung der ‚liberalen Eugenik‘ auf John Rawls’ Theorie des Liberalismus stützt, rekonstruiert Odzuck Rawls’ Grundgütertheorie und entwickelt davon ausgehend zwei Argumente: Erstens könne die ‚liberale Eugenik‘ ihren Anspruch ‚liberal‘ zu sein nicht ohne Weiteres auf John Rawls stützen, da sie zentrale Elemente des Rawls’schen Freiheitsbegriffs ausblende. Zweitens müsse sich die ‚liberale Eugenik‘ fragen lassen, ob ihr Freiheitsbegriff komplex genug für die öffentliche Debatte um Keimbahn-

eingriffe ist. Auf Basis eines komplexeren Freiheitsbegriffs, der das Selbstverhältnis von Personen als freie und gleiche Bürger berücksichtigt, können nämlich, wie Odzuck zeigt, Argumente gegen eine weitgehende rechtliche Zulassung von Keimbahneingriffen gewonnen werden. Odzucks Beitrag verdeutlicht damit, dass die politische Theorie mit ihrer hermeneutischen und begriffsanalytischen Expertise einen wichtigen Beitrag zur öffentlichen biopolitischen Debatte in liberalen Demokratien leisten kann, indem sie die theoretischen Grundlagen und praktischen Konsequenzen verschiedener Freiheitsbegriffe offen legt.

Martin Beckstein untersucht in seinem Beitrag „Instandhaltung statt Fortschritt: Zur neuen Anschlussfähigkeit konservativen Denkens“ das Konservative als politischen Grundbegriff und den Stellenwert konservativen Denkens im gegenwärtigen politischen Diskurs der Bundesrepublik. Dabei unterzieht er die gängige Diagnose, dass Konservatismus im deutschen politischen Diskurs der erweiterten Mitte keine Rolle mehr spielt, einer kritischen Analyse. Seine Grundlage hierfür ist eine begriffsanalytische Untersuchung, die Begriffe als Vermittler zwischen Wörtern und (begriffenen) Dingen versteht. Beckstein unterscheidet sodann zwischen einem substanziellen Wertekonservatismus und einem prozeduralen ‚Statusquoismus‘. Eine von ihm anschließend vorgenommene Auswertung der Programme zur Bundestagswahl 2021 ergibt, dass Instandhaltungsargumente eine hohe Popularität bei den Parteien des Bundestags genießen. Daraus schlussfolgert Beckstein, dass konservatives Denken eine neue Anschlussfähigkeit für sich verbuchen kann, die ihm eine Zukunft in der erweiterten politischen Mitte im fortschreitenden 21. Jahrhundert verbürgt.

Sara Minelli analysiert in ihrem Beitrag „Die Ambivalenz des politischen ‚Mythos‘ am Beispiel des Faschismus“ die Begriffsgeschichte des (politischen) Mythos. In einem ersten Schritt zeichnet sie ausgewählte Bedeutungen nach, die der Mythos in der europäischen Philosophiegeschichte angenommen hat. In einem zweiten Schritt kommt Minelli sodann auf die Politisierung des Begriffs am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts zu sprechen. Hier hebt sie insbesondere die Rolle des französischen Sozialphilosophen Georges Sorel hervor, der wiederum von marxistischen Theoretikern wie Antonio Gramsci, aber auch Faschisten wie Benito Mussolini rezipiert wurde. In einem dritten Schritt zeigt Minelli, wie der Begriff des Mythos zu einem zentralen Konzept der faschistischen Ideologie werden konnte. Aufbauend auf ihrer Analyse argumentiert sie, dass die Begriffsgeschichte des (politischen) Mythos eine fundamentale Ambivalenz aufzeigt: einerseits zielt der Begriff darauf ab, kollektives Handeln und die affektiv-volitionale

Dimension des Politischen zu denken. Andererseits hat die Ausarbeitung des Mythos zum politischen Begriff dazu geführt, politische Phänomene zu naturalisieren. So wurde Minelli zufolge der Mythos-Begriff durch die faschistische Politik instrumentalisiert, die ihn zu einem wichtigen Element ihrer Selbstdarstellung machte.

Alle drei Beiträge verdeutlichen so unter Bezugnahme auf unterschiedliche methodische Ansätze den engen Zusammenhang zwischen politischen Grundbegriffen und politischen Ideologien als mehrdimensionale Denkbauwerke. Dabei lässt sich freilich eine Abstufung der anzumeldenden Relevanz der drei Begriffe für die jeweilige Ideologie vornehmen. Während ‚das Bewahrende‘ als zentraler Bezugspunkt der konservativen Ideologie ausgewiesen werden kann, verweisen die Begriffe ‚Freiheit‘ und ‚Mythos‘ bereits auf kontroverse Deutungskämpfe. Zwar ist Freiheit zweifelsfrei ein Grundbegriff des Liberalismus, dennoch erheben auch andere politische Ideologien einen begründeten Anspruch auf dieses Schlagwort. Der Mythos hingegen ist, wie gezeigt, kein von sich aus genommen politischer Begriff, der jedoch einer Politisierung und Indienstnahme durch primär antiliberalen Ideologien – zuvorderst des Faschismus – zugänglich ist.

Volk, Repräsentation und Identität revisited – Politische Grundbegriffe im 21. Jahrhundert

Im vierten Teil des Bandes sind drei Beiträge versammelt, die das Ziel verbindet, bewährte Grundbegriffe des politischen Denkens konzeptionell für die Herausforderungen des neuen Jahrtausends zu rüsten. Zu Beginn widmet sich *Felix Petersen* in seinem Beitrag „Volkssouveränität und populistische Souveränität“ dem Begriff der Souveränität aus ideengeschichtlicher Perspektive, um die zeitgenössische populistische Verkehrung des Konzepts ins Autoritäre zu desavouieren. Anders als die demokratische Volkssouveränität impliziere die populistische Souveränität nämlich – entgegen den Verlautbarungen ihrer Verfechter – ein reduktionistisches Verständnis von Volk, welches ausschließlich als Vehikel der Autorisierung und Herrschaftsbegründung benötigt wird. Petersen plausibilisiert diese Feststellung einerseits im Rückgriff auf klassische Souveränitätstheoretiker wie Bodin oder Hobbes, welche, gemäß seiner Lesart, die Weichen stellten für eine spätere Demokratisierung der Souveränitätsidee im 18. und 19. Jahrhundert. Dabei unterscheidet er zwischen zwei Souveränitätskonstruktionen: einem minimalistischen Verständnis von Volkssouveränität, das etwa bei Locke oder

Mill anzutreffen ist, sowie einem umfassenden Verständnis, wie es in den Schriften von Rousseau oder Marx angelegt ist. Trotz vielfältiger Unterschiede sei beiden jedoch gemein, dass sie von einer Instrumentalisierung des *Demos* zum Zwecke der Regierungsermächtigung Abstand nehmen. Während die Adepten der populistischen Souveränität das Volk auf dessen Funktion als Steigbügelhalter zentralisierter Herrschaft reduzieren und sein Verschwinden nach dem Ermächtigungsakt begrüßen würden, bleibe es im demokratischen Souveränitätsverständnis als Kontroll- und Korrekturinstanz anwesend. So offenbare sich das populistische Ideal als ein wahrhaft vordemokratisches.

Angesichts diverser Befunde der empirischen Politikwissenschaft, die eine Repräsentationskrise liberaler Demokratien diagnostizieren, sieht sich auch die Politische Theorie dazu gezwungen, den Begriff der politischen Repräsentation neu zu durchdenken und dessen Bedeutung angesichts technischer und sozialer Veränderungen zu modifizieren. Gegen die klassische Verfallserzählung entwickelt *Sebastian Berg* in seinem Beitrag „Im Maschinenraum politischer Repräsentation: Über den Umgang mit politischen Grundbegriffen in der digitalen Konstellation“ ein solches Konzept, das der digitalen Konstellation Rechnung trägt, ohne diese zu idealisieren oder zu verteufeln. Dafür arbeitet er zu Beginn heraus, inwiefern die repräsentative Wende der Demokratietheorie seit den 1990er Jahren die mediale Dimension politischer Vermittlung nur unzureichend berücksichtigt. In Abgrenzung zu Bernard Manin und Nadia Urbinati sieht Berg das Spezifikum digitaler Technologien in ihrem transformativen Potenzial. Diese werden als produktive Kräfte modelliert, welche den politischen Raum der Repräsentation mitsamt den dortigen Machtverhältnissen rekonfigurieren. Daher sei ‚Remediation‘ das Resultat der digitalen Konstellation, die Institutionalisierung neuer Vermittlungsformen, welche demokratietheoretisch erst genauer erschlossen werden müssten. Anhand zweier Beispiele – Demoskopie und digitale Plattformen – führt er vor, wie zeitgenössische Technologien wirken, welche Effekte sie zeitigen und inwieweit sie unterschiedlichen Logiken folgen. Letzteres zwingt, so die Pointe des Texts, zu Differenzierungen in der politiktheoretischen Bewertung jener Technologien. Die Sorge vor einer in Passivität verharrenden, entpolitisierten Bürgerschaft greife zu kurz, weil die digitale Konstellation immer auch Chancen für Gestaltung und für die Erprobung neuer Formen politischer Repräsentation biete, derer heutige Demokratien dringend bedürften.

Im letzten der drei Beiträge dieser Rubrik verteidigen *Karsten Schubert* und *Helge Schwierz* ein konstruktivistisches Verständnis von Identitätspo-

litik. Letztere ist in jüngster Zeit in Verruf geraten und wenigstens seit der Jahrtausendwende Gegenstand diverser Auseinandersetzungen, sei es in öffentlichen oder in akademischen Diskussionen. Der junge, erst seit den 1970er-Jahren an Bedeutung gewinnende politische Begriff lässt sich, wie die beiden Autoren in ihrem Beitrag „Identitätspolitik aus konstruktivistischer Perspektive“ zeigen, gegen einseitig essentialisierende Interpretationen in Schutz nehmen. Eine emanzipatorische Stoßrichtung gewinne der Begriff, wie sie argumentieren, im Anschluss an poststrukturalistische und radikaldemokratische Theorien, die Identität stets als ein fluides, gleichermaßen ein- wie ausschließendes Phänomen begreifen, welches als bloß temporär fixierbarer Bezugspunkt politischer Kämpfe fungieren könne. Nach ihrer begriffstheoretischen Rekonstruktion taxieren Schubert und Schwiertz das kritische Potenzial der Identitätspolitik im Zusammenhang von Subjektivierung, Artikulation und Repräsentation, ohne die konstitutive Ambivalenz identitätspolitischer Affizierung aus dem Blick zu verlieren. Weil Identitäten wandelbar sind und stets nur partikulare Weltausschnitte thematisieren, bleiben sie, so das Argument, auf kontinuierliche Aushandlungsprozesse verwiesen, deren transformativer Rohstoff in universellen Wertvorstellungen zu suchen ist. Identitätspolitik werde folglich emanzipativ, wenn sie, wie es im Fazit der Abhandlung heißt, offen bleibt für Selbstbefragung im Lichte allgemeiner Ideen. Die Formierung von Identität und ihre Verteidigung im politischen Raum könnten dann als Motor demokratischer Erweiterung und spezifischer Aktualisierung eines demokratischen Universellen gedacht werden.

Welche Vorstellungen Menschen antreiben, welche Ideen sie als wesentlich aus- und vorgeben, ist für ein Verständnis von Politik und Gesellschaft unverzichtbar. Sie alle werden durch Begriffe geformt und das politikwissenschaftliche Teilgebiet der Politischen Theorie und Ideengeschichte kann mit der Untersuchung von Grundbegriffen daher einen zentralen Beitrag zur Analyse von gegenwärtigen Wandlungsprozessen der Politik leisten. Indem der Band sich auf die politischen (Grund-)Begriffe fokussiert, bleiben Perspektiven einer breiter angelegten Historischen Semantik mit ihrem Fokus u.a. auf die politische Alltagssprache weitgehend ausgespart. Es wird hier auch nicht der Anspruch erhoben, alle derzeit besonders relevanten politischen Grundbegriffe auch nur ansatzweise abzudecken. Dass also mit Blick auf aktuell heiß diskutierte Begriffe (man denke nur an Anthropozän, Nachhaltigkeit oder Transformation) bei der hier behandelten Auswahl im Rahmen des gegebenen begrenzten Formats notwendig selektiv vorgegangen werden musste, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Gerade im

Bewusstsein um die vielen offenen Anschlussfragen zum Wandel der politischen Grundbegriffe sollte der hier vorgelegte Sammelband als Plädoyer für eine Wiederbelebung der begriffssensiblen und -kritischen Forschung innerhalb der gesamten Politikwissenschaft verstanden werden. Wenn der Band in diesem Sinne ein Anregungspotenzial zu bieten vermag, hat er seinen Zweck erfüllt.

